

## **Yolŋuw Makarr Dhuni** (Versammlung der Yolngu Nationen)

Yolŋuw Makarr Dhuni (Versammlung der Yolngu Nationen) representieren die Menschen von 8 Nationen in den westlichen, zentralen und östlichen Gebieten des Arnhem Landes des Nordterritoriums:

Miwatj, Laynha, Raminy, Marthakal, Garriny, Gumurr-Rawarran, Gaŋŋjirrik und Miŋiyirrk

### **An die Leiter der Australischen Bundes- und Nordterritoriums-Parlamente:**

1. Die Yolngu Nationen lehnen das "Stronger Futures" Gesetz (und die damit verbundenen Gesetze)<sup>1</sup> ab und rufen den Senat auf, diese Gesetze vollständig zu verwerfen. Wir haben Sie klar darüber informiert, daß wir diese Gesetzgebung nicht unterstützen.

Die australische Bundesregierung kann all ihre Ziele durch Partnerschaft mit unseren Gemeinschaften erreichen. Sie haben keinen Bedarf sich selbst die weiterlaufenden und neuen Befugnisse, die in diesen Gesetzen enthalten sind, zu gewähren.

2. Bis die "Stronger Futures" (und die damit verbundenen) Gesetze aus dem australischen Bundesparlament herausgeworfen werden, rufen die Yolngu Nationen alle traditionellen Eigentümer im gesamten Nordterritorium auf, das folgende zu verweigern:
  - a. Teilnahme an Verhandlungen mit der australischen Bundesregierung über die Verpachtung von Land und
  - b. Genehmigung jeglicher Aufschluß Erkundigungen<sup>2</sup>
3. Die traditionellen Eigentümer (T.O's) der von der NT Intervention betroffenen Gebiete wurden von der australischen Bundesregierung unter extremen Druck gesetzt, ihr Haupt-Mietverträge über diese Gebiete zu gewähren. Die T.O's wollen unabhängig moderierte Verhandlungen, die darin resultieren können, daß die Interessen beider, der T.O's und der australischen Bundesregierung, gedient wird.
4. Die Land Councils<sup>3</sup> werden von der Regierung immer stärker unter Druck gesetzt, außerhalb ihrer eigentlichen Rollen zu agieren und ausführendes Organ der Regierung zu werden. Wir wollen, daß unsere Land Councils sich für unsere Bedürfnisse einsetzen und daß ihre Unabhängigkeit nicht von der Regierung durch Regeln für Finanzierungen und politische Einmischung eingeschränkt wird.

---

<sup>1</sup> Das "Stronger Futures" Gesetz – zusammen mit begleitenden Gesetzen – ist vereinfacht gesagt die Fortsetzung der wesentlichen Maßnahmen der "NT Intervention" für weitere 10 Jahre

<sup>2</sup> Erkundigungen zur Vorbereitung des Abbaus von Mineralien / Erzen

<sup>3</sup> Regional strukturierte Organisationen, die die Interessen der Ureinwohner vertreten sollen

Die Yolngu Nationen rufen die australische Bundesregierung auf, den Auditor General<sup>4</sup> um eine Überprüfung der Beziehung zwischen der australischen Bundesregierung und den Land Councils des Nordterritoriums zu bitten.

5. Die Yolngu Nationen rufen sowohl die australische Bundesregierung als auch die Nordterritoriums Regierung auf, ihre interventionistischen Praktiken und Vorhaben zu beenden, und zu einer geistigen Haltung der Partnerschaft basierend auf den Prinzipien von Selbstbestimmung zurückzukehren.
6. Die Yolngu Nationen rufen die Nordterritoriums Regierung auf, die Strukturen lokaler Regierung (der Shires)<sup>5</sup> zu reformieren um die Regierungs-Strukturen der Yolngu und anderer Ureinwohner besser widerzuspiegeln, was eine stärker lokal basierte und zugänglichere Form der lokalen Regierung bereitstellen wird.
7. Die Yolngu Nationen fordern das Ende der "Working Futures"<sup>6</sup> Politik der Nordterritoriums Regierung. Für die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft müssen die Homelands<sup>7</sup> und Gemeinschaften<sup>8</sup>, die ehemals Missionen und Regierungssiedlungen waren, als gleichwertig angesehen werden.
8. Die Yolngu Nationen fordern das Ende der Politik der Nordterritoriums Regierung, in Schulen zwangsweise die ersten vier Stunden jedes Schultags in Englisch zu unterrichten. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir Erziehung mit Unterweisungen in unseren Yolngu Sprachen auf allen Ebenen des Schulwesens.

---

<sup>4</sup> Entspricht in etwa dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes

<sup>5</sup> Administrative Verwaltungseinheiten, grob vergleichbar mit sehr, sehr großen Landkreisen

<sup>6</sup> Im wesentlichen ein Plan, die Ureinwohner von ihren traditionellen Gebieten (über 500 Gemeinden) in ca. 20 "Wachstums"-Städte mehr oder weniger zwangsweise umzusiedeln

<sup>7</sup> Homelands sind traditionelle Gebiete der Ureinwohner. In diesem Zusammenhang sind Gebiete außerhalb von Städten gemeint, denen jegliche finanzielle Unterstützung des Staates entzogen werden soll, z.B. soll kein Geld mehr für Infrastruktur wie Straßen, Schulen, Strom- oder Wasserversorgung bereitgestellt werden

<sup>8</sup> Gemeint sind hier Siedlungen bzw. Dörfer